

WITTEWELLER NEWS II/2025

Mandanteninformation und Aktuelles

In dieser Ausgabe



GEMA siegt gegen OpenAI
Das Landgericht München hat ein wegweisendes Urteil im Verfahren der GEMA gegen OpenAI gefällt.

[ZUM ARTIKEL](#)



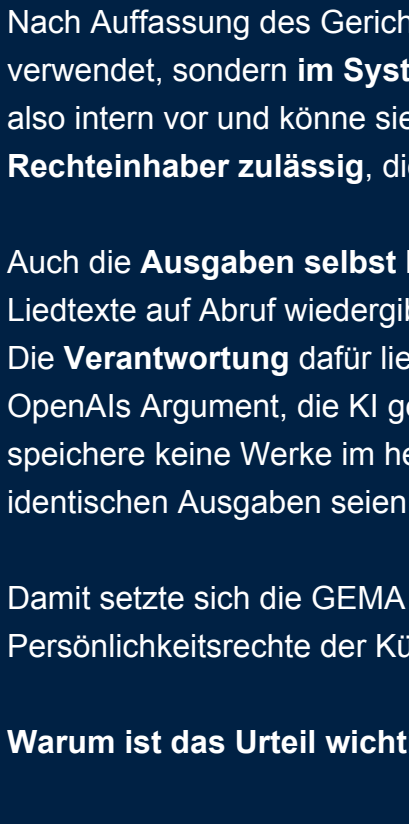
UPC auch für frühere Patentverletzungen zuständig
Das UPC-Berufungsgericht hat zur Zuständigkeit in einem Patentverletzungsstreit entschieden

[ZUM ARTIKEL](#)



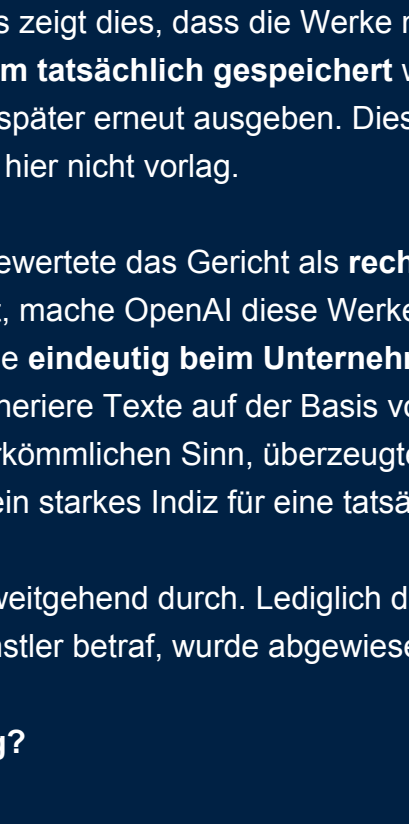
Landgericht München bestätigt „Long-Arm“-Trend
Unternehmen mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat können wegen IP-Rechtsverletzung weltweit verklagt werden

[ZUM ARTIKEL](#)



News aus den Ämtern
WIPO, EUIPO, DPMA

[ZUM ARTIKEL](#)



News aus dem Ausland
UK, Tansania

[ZUM ARTIKEL](#)



GEMA siegt gegen OpenAI: Urheberrechtsverletzungen durch KI-Training

Das **Landgericht München I** hat am 11. November 2025 ein wegweisendes Urteil (Az. 42 O 14139/24) im Verfahren der **GEMA gegen OpenAI**, dem Unternehmen hinter ChatGPT, gefällt.

Nach Auffassung des LG München I **verletzt OpenAI durch das Training und den Einsatz von ChatGPT bestehendes Urheberrecht**. Erstmals hat ein europäisches Gericht die Nutzung geschützter Werke durch generative KI beurteilt, und dies im Sinne der Kreativen.

Ausgangspunkt des Verfahrens war, dass ChatGPT auf einfache Anfragen vollständige oder nahezu vollständige Liedtexte bekannter Songs ausgab, darunter etwa „Atemios“ oder „Über den Wolken“. Diese Texte waren zuvor zum Training der KI genutzt worden.

Nach Auffassung des Gerichts zeigt dies, dass die Werke nicht nur „zum Lernen“ intendiert, sondern **im System tatsächlich gespeichert** wurden. Die KI halte die Texte also intern vor und könne sie später erneut ausgeben. Dies sei **nur mit Zustimmung der Rechteinhaber zulässig**, die hier nicht vorlag.

Auch die **Ausgaben selbst** bewertete das Gericht als **rechtswidrig**. Wenn ChatGPT Liedtexte auf Abruf wiedergibt, mache OpenAI diese Werke der Öffentlichkeit zugänglich. Die **Verantwortung** dafür liege **eindeutig beim Unternehmen**, nicht bei den Nutzern. OpenAIs Argument, die KI generiere Texte auf der Basis von Wahrscheinlichkeiten und speichere keine Werke im herkömmlichen Sinn, überzeugte das Gericht nicht. Die nahezu identischen Ausgaben seien ein starkes Indiz für eine tatsächliche Speicherung.

Damit setzte sich die GEMA weitgehend durch. Lediglich der Teil der Klage, der Persönlichkeitsrechte der Künstler betraf, wurde abgewiesen.

Warum ist das Urteil wichtig?

Es setzt ein klares Signal für den Umgang mit urheberrechtlich geschützten Inhalten beim KI-Training. Unternehmen, die Musik, Texte oder andere geschützte Werke für die Entwicklung ihrer Systeme nutzen wollen, werden künftig wohl **deutlich strengere Anforderungen an Lizenzen und Transparenz** beachten müssen. Sollte das Urteil durch höhere Instanzen bestätigt werden, könnte es weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Entwicklung generativer KI haben, weit über Liedtexte hinaus.

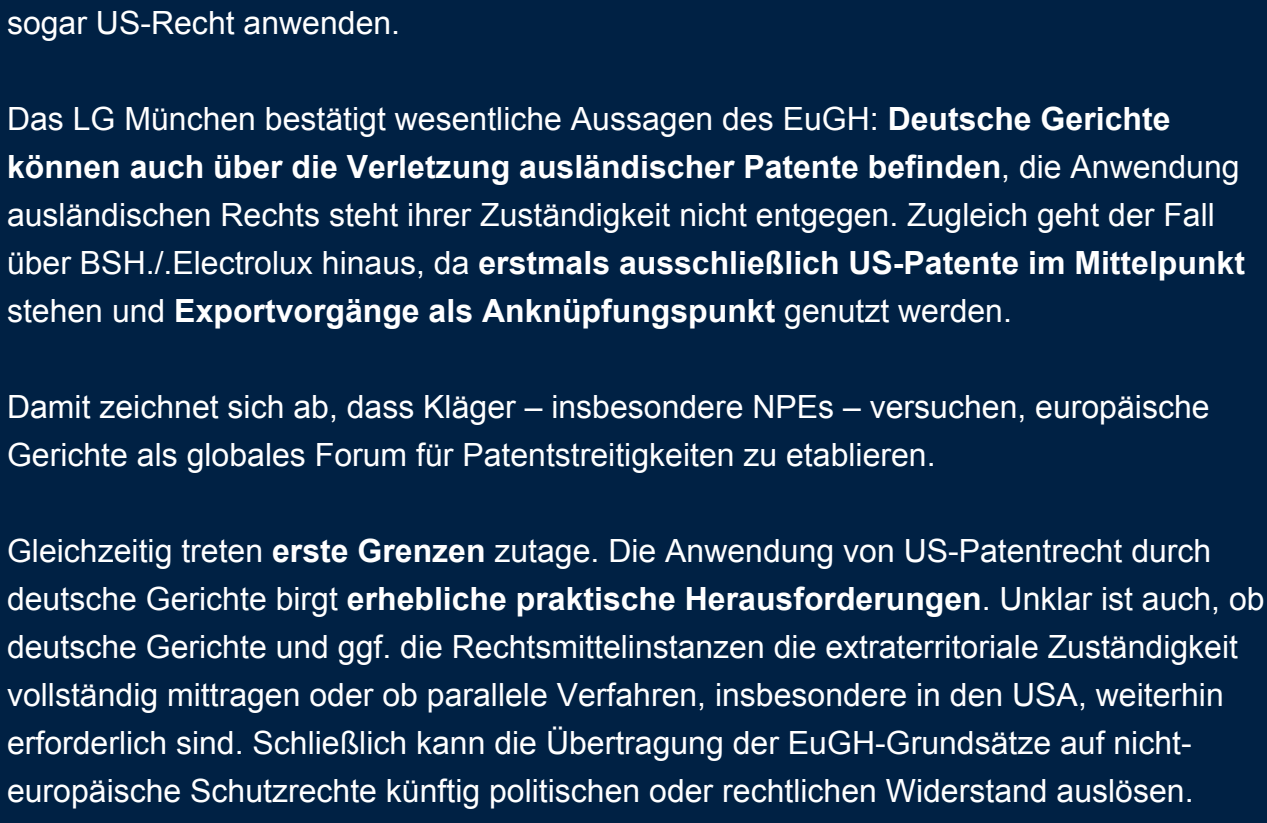
P.S.: Dieser Text entstand mit Unterstützung von ChatGPT – selbstverständlich ohne urheberrechtliche Fallstricke.

Weiterführende Informationen

[PRESSEMITTEILUNG LG MÜNCHEN](#)

[URTEIL LG MÜNCHEN](#)

[SEITENANFANG](#)



UPC: Zuständigkeit auch für frühere Patentverletzungen

Am 2. Juni 2025 traf das Berufungsgericht des Einheitlichen Patentgerichts (UPC) eine Entscheidung zur Zuständigkeit des Gerichts in einem Patentverletzungsstreit zwischen ESKO Graphics Imaging GmbH und XSYS Germany GmbH. Im Mittelpunkt stand das europäische Patent EP 3 742 231, das ein Verfahren zur Härtung von photohärtbaren Druckplatten betrifft. Der Fall berührt insbesondere die **Frage**, ob das **UPC auch für Verletzungshandlungen zuständig ist, die vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens** über ein Einheitliches Patentgericht (EPGÜ) am 1. Juni 2023 begangen wurden, sowie für Handlungen, die während der Übergangszeit des EPGÜ stattgefunden haben.

Das **Berufungsgericht bestätigte**, dass das **UPC** auch für Verletzungshandlungen **zuständig** ist, die **vor Inkrafttreten des EPGÜ** begangen wurden, wenn diese nach dem 1. Juni 2023 im Rahmen des Rechtsstreits geltend gemacht werden. Dies basiert auf der Auslegung von Artikel 32(1) des EPGÜ, der keine zeitliche Begrenzung für die Zuständigkeit des UPC enthält. Das Gericht betonte, dass die Zuständigkeit des UPC im Einklang mit dem Zweck des Übereinkommens steht, ein gemeinsames Gericht für die Vertragsstaaten zu schaffen und einen einheitlichen Rechtsrahmen für europäische Patente zu etablieren.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Entscheidung war die **Klarstellung zur Übergangszeit**. Während dieser Phase, die in Artikel 83 EPGÜ geregelt ist, besteht eine **parallele Zuständigkeit des UPC und der nationalen Gerichte**. Patentinhaber können während dieser Zeit wählen, ob sie ihr Verfahren vor dem UPC oder vor einem nationalen Gericht anstrengen möchten. Dabei wird jedoch keine teilweise Zuständigkeit des gewählten Gerichts vorgesehen. Das Gericht stellte klar, dass eine solche Wahl lediglich den Gerichtsstand betrifft, aber keine Einschränkungen hinsichtlich des Zeitraums oder des Inhalts der Klage mit sich bringt.

In Bezug auf die Frage der Rückwirkung wies das Berufungsgericht die Argumentation von XSYS zurück, das UPC sei für Verletzungen vor dem Inkrafttreten des EPGÜ nicht zuständig. Das Gericht entschied, dass die Zuständigkeit des UPC für solche Handlungen nicht mit den Grundsätzen des Völkerrechts oder dem Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (WÜRV) in Konflikt steht. Die Feststellung der Zuständigkeit ab dem Zeitpunkt der Einreichung der Klage, auch für frühere Verletzungen, verletzt nicht den Grundsatz der Nichtrückwirkung von Verträgen.

Des Weiteren stellte das Gericht fest, dass der Rücktritt von der Ausnahmeregelung (**opt-out**) gemäß Artikel 83(4) EPGÜ zu einer **vollständigen Rückübertragung der Zuständigkeit an das UPC** führt, **ohne dass eine teilweise Zuständigkeit für bestimmte Zeiträume besteht**. Das Gericht betonte, dass dies im Einklang mit dem Ziel des EPGÜ steht, ein fragmentiertes System zu vermeiden und eine einheitliche Zuständigkeit zu gewährleisten.

Diese Entscheidung reiht sich in eine Reihe von Urteilen des UPC ein, die die Zuständigkeit des Gerichts auch für frühere Verletzungshandlungen bekräftigen. Bereits in der Anordnung vom 16. Januar 2025 im Fall Fives vs. REEL hatte das Berufungsgericht entschieden, dass das UPC auch für Verletzungen zuständig ist, die vor dem 1. Juni 2023 begangen wurden. Damit zeigt sich, dass das **UPC für alle Verletzungshandlungen zuständig bleibt**, die nach dem Inkrafttreten des EPGÜ geltend gemacht werden, und dass die **Zuständigkeit des Gerichts keine zeitliche Begrenzung kennt**.

Fazit

Das **UPC bleibt auch für Verletzungsansprüche zuständig, die vor dem Inkrafttreten des EPGÜ** entstanden sind, sofern die Klage nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens erhoben wird. Diese Entscheidung stärkt die zentrale Rolle des UPC im europäischen Patentrecht und stellt sicher, dass ein **einheitliches und konsistentes Verfahren für Patentstreitigkeiten in Europa** gewährleistet ist.

Weiterführende Informationen

[UPC-ENTSCHEIDUNG \(EN\)](#)

[SEITENANFANG](#)



Cross-Border-Patentdurchsetzung nach BSH./Electrolux: LG München bestätigt „Long-Arm“-Trend in Onesta IP./BMW

Durch die jüngste EuGH-Entscheidung in BSH./Electrolux (C-339/22) wird der Weg für eine **deutlich weiter gefasste internationale Zuständigkeit europäischer Gerichte in Patentstreitigkeiten** geöffnet. Danach können Unternehmen mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat an ihrem Heimatgerichtsstand wegen der Verletzung jenseitiger IP-Rechte weltweit verklagt werden – auch wenn es sich um Schutzrechte außerhalb Europas handelt.

Über die praktische Tragweite des Urteils haben wir bereits in unserem [Newsletter II/2025](#) berichtet. Nun liegt eines der ersten Verfahren vor, in welchem diese neue Rechtsprechungslinie praktisch angewendet wird – mit bemerkenswerten Konsequenzen für die strategische Patentrechtsetzung.

Im Verfahren **Onesta IP./BMW** klagt ein US-NPE vor dem Landgericht München wegen zweier US-Patente und eines europäischen Patents. Hintergrund ist, dass BMW bestimmte Bauteile in Deutschland verbaut und Fahrzeuge in die USA exportiert. Nach Auffassung von Onesta genügt dies, um eine relevante Nutzung der US-Patente bereits in Deutschland zu begründen. Die Klägerin stützt sich dabei direkt auf die vom EuGH bestätigte Möglichkeit, auch über ausländische Patente im Rahmen des allgemeinen Gerichtsstands des Beklagten zu entscheiden. Für US-Patente soll das LG München sogar US-Recht anwenden.

Das LG München bestätigt wesentliche Aussagen des EuGH: **Deutsche Gerichte können auch über die Verletzung ausländischer Patente befinden**, die Anwendung ausländischen Rechts steht ihrer Zuständigkeit nicht entgegen. Zugute geht der Fall über BSH./Electrolux hinaus, da **erstmalig ausschließlich US-Patente im Mittelpunkt** stehen und **Exportvorgänge als Anknüpfungspunkt** genutzt werden.

Damit zeichnet sich ab, dass Kläger – insbesondere NPEs – versuchen, europäische Gerichte als globales Forum für Patentstreitigkeiten zu etablieren.

Gleichzeitig treten **erste Grenzen** zutage. Die Anwendung von US-Patentrecht durch deutsche Gerichte birgt **erhebliche praktische Herausforderungen**. Unklar ist auch, ob deutsche Gerichte und ggf. die Rechtsmittelinstanzen die extraterritoriale Zuständigkeit vollständig mittragen oder ob parallele Verfahren, insbesondere in den USA, weiterhin erforderlich sind. Schließlich kann die Übertragung der EuGH-Grundsätze auf nicht-europäische Schutzrechte künftig politischen oder rechtlichen Widerstand auslösen.

Für Rechteinhaber eröffnen sich **neue strategische Optionen**: Auch US-Patente lassen sich potenziell vor europäischen, teils patentfreundlichen Gerichten durchsetzen. Für **europäische Unternehmen steigt dagegen das Prozessrisiko erheblich** – denn künftig könnten Patente weltweit am eigenen Sitz eingeklagt werden. Inhouse-Counsel müssen daher Exportprozesse, Lieferketten und internationale Patentstrategien noch enger verzahnen.

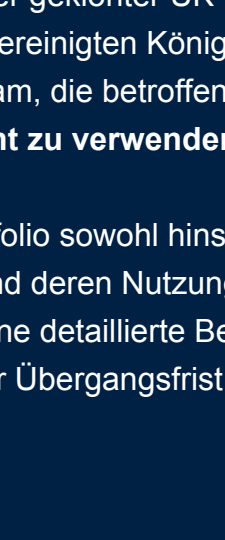
Fazit

Das Verfahren vor dem LG München stellt nicht nur die EuGH-Rechtsprechung, sondern erweitert ihre praktische Reichweite. Erstmals findet der **„Long-Arm“-Ansatz ausdrücklich auf US-Patente Anwendung**. Damit entsteht faktisch eine potenzielle gerichtliche Zuständigkeit deutscher Gerichte für Streitigkeiten über die Verletzung von US-Patenten, mit Chancen für Rechteinhaber und neuen Risiken für europäische Unternehmen.

Für Rückfragen oder eine Bewertung der konkreten Auswirkungen auf Ihre IP-Strategie steht Ihnen unser Partner Christian Gembbruch jederzeit zur Verfügung.

Weiterführende Informationen

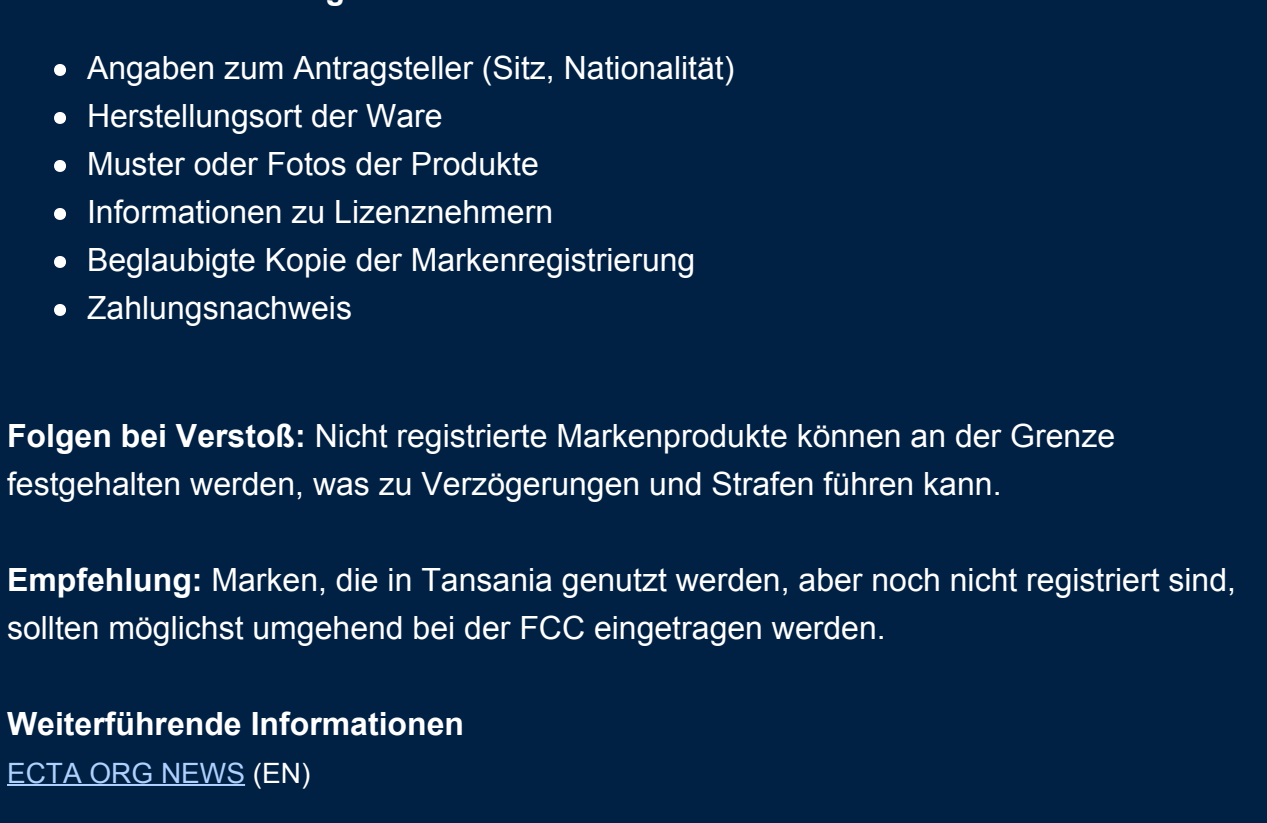
[JUVEPATENT](#)



Christian Gembbruch, Partner

[PROFIL ANSEHEN](#)

[SEITENANFANG](#)



News aus den Ämtern

WIPO: Beitritt Äthiopiens zur PVÜ



Äthiopien ist am 15. August 2025 der Pariser Übereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums (PVÜ) beigetreten. Dieser **Beitritt ermöglicht den Schutz äthiopischer Marken, Patente und Designs in allen PVÜ-Mitgliedsstaaten**, ohne dass **separate Anmeldungen** in jedem Land erforderlich sind. Gleichzeitig können ausländische Schutzrechtsinhaber ihren Schutz auf Äthiopien ausweiten.

Ein weiterer **Vorteil** für äthiopische Anmelder ist das **Prioritätsrecht**, das ihnen bei Patenten und Gebrauchsmustern innerhalb von 12 Monaten und bei Marken und Designs innerhalb von sechs Monaten nach einer ersten Anmeldung im Ausland erlaubt, den gleichen Anmeldetag wie in Äthiopien geltend zu machen.

Dieser Schritt stärkt die internationale Anerkennung und Wettbewerbsfähigkeit äthiopischer Unternehmen und fördert den globalen Austausch von Innovationen und geistigem Eigentum

Weiterführende Informationen

[WIPO-MITTEILUNG](#)

[SEITENANFANG](#)

EUIPO: Rekordmarke von 5-Millionen Marken- und Designanmeldungen seit 1994 überschritten

Das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) hat einen neuen Meilenstein bekanntgegeben: Seit seiner Gründung im Jahr 1994 wurden über **5 Millionen Marken- und Designanmeldungen** beim Amt eingereicht.

Der Anstieg unterstreicht die **wachsende Bedeutung von Marken und Designs als immaterielle Vermögenswerte**. Das europäische System bietet dabei den Vorteil, mit nur einer Anmeldung Schutz in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten zu erlangen.

Parallel modernisiert das EUIPO seine Verfahren: Digitale Lösungen und der künftige Einsatz von Künstlicher Intelligenz sollen eine noch effizientere Bearbeitung gewährleisten.

Studien des EUIPO und des Europäischen Patentamts (EPA) zeigen, dass **Unternehmen mit eingetragenen Schutzrechten durchschnittlich höhere Umsätze pro Mitarbeiter erzielen** und zudem **höhere Gehälter zahlen**. Besonders bei kleinen und mittleren Unternehmen sind die wirtschaftlichen Effekte deutlich spürbar.

Der aktuelle Rekord verdeutlicht somit nicht nur die zunehmende Nachfrage nach Schutzrechten, sondern auch deren Relevanz für die Wettbewerbsfähigkeit in Europa.

Haben Sie Fragen zur Anmeldung von Marken und Designs oder möchten das Potential für einen Ausbau von Schutzrechten in Ihrem Unternehmen prüfen? Dann setzen Sie sich gerne mit uns in Verbindung.

Weiterführende Informationen

[EUIPO MITTEILUNG](#)

[SEITENANFANG](#)

DPMA: Patentanmeldungen zum Recycling von Wertstoffen aus Abfall in zehn Jahren verdreifacht

Patentanmeldungen spielen eine bedeutende Rolle bei der Förderung umweltfreundlicher Technologien. Das Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA) hat hierzu aktuelle Zahlen für Patentanmeldungen veröffentlicht. Insbesondere im Bereich des **Recyclings von Abfallstoffen** ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen: Im Jahr 2024 wurden für den deutschen Markt 379 Patentanmeldungen zur Wiederverwertung von Wertstoffen aus Abfall veröffentlicht – **deimal so viele wie noch vor zehn Jahren**. Auch die **Zahl der Anmeldungen im Bereich der Abfallentsorgung** ist in diesem Zeitraum **gestiegen**. Im Gegensatz dazu ist die Zahl der Erfindungen zur Luftreinhaltung rückläufig, was laut DPMA auf die abnehmende Innovationstätigkeit im Bereich der Verbrennungsmotoren zurückzuführen ist.

Im internationalen Vergleich liegen **deutsche Anmelder** im Bereich des Abfallmanagements mit insgesamt **471 Anmeldungen an erster Stelle**, gefolgt von den **Vereinigten Staaten, Japan, Frankreich und Südkorea**. Diese Zahlen basieren auf veröffentlichten Patentanmeldungen mit Wirkung für Deutschland beim DPMA und beim Europäischen Patentamt (EPA).

Gemeinsam mit Partnern aus aller Welt setzt sich das DPMA dafür ein, den Schutz umwelt- und klimaschonender Innovationen stärker in den Fokus zu rücken. Ziel ist es, Lösungen zur Eindämmung des Klimawandels zu fördern und den Technologietransfer grüner Technologien zu unterstützen.

Ein wichtiges Instrument in diesem Zusammenhang ist die von der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) initiierte Plattform „**WIPO Green**“. Diese bringt Erfinderninnen und Erfinder von umweltfreundlichen Technologien mit Unternehmen und Investoren zusammen. Mit über 130.000 Eintragungen zu Lösungen, Bedarfen und Anlaufstationen sowie rund 2.500 aktiven Nutzern weltweit leistet WIPO Green einen strukturellen Beitrag zum Technologietransfer im Bereich grüner Innovationen.

Für Unternehmen und Innovatoren bietet die Plattform eine wertvolle Möglichkeit, ihre grünen Technologien einem breiten Publikum zugänglich zu machen und potenzielle Partner sowie Investoren zu finden.

Weiterführende Informationen

[DPMA PRESSEMITTEILUNG](#)

[DPMA STATISTIK ABFALLWIRTSCHAFT](#)

[WIPO GREEN](#)

[SEITENANFANG](#)

News aus dem Ausland

UK: Benutzungsschonfrist für geklonte britische Marken läuft am 31. Dezember 2025 ab

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU wurden alle bestehenden EU-Marken und internationalen Marken mit Schutzwirkung für die EU in britische „**vergleichbare Marken**“ („**comparable UK trademarks**“) - auch „**geklonte britische-Marken**“ genannt - umgewandelt. Diese geklonten Marken sind mittlerweile **unabhängig von den ursprünglich eingetragenen EU-Marken und unterliegen den Bestimmungen des britischen Markenrechts**.

Bis zum 31. Dezember 2025 kann im Rahmen von Verfahren wie Widerspruchs-, Nichtigkeits- und Lösungsverfahren die Benutzung einer vergleichbaren britischen Marke in der EU als Nachweis der Benutzung im Vereinigten Königreich anerkannt werden. Ab dem 1. Januar 2026 wird jedoch **ausschließlich die tatsächliche Benutzung der Marke im Vereinigten Königreich** für die Wahrung der Rechte an der vergleichbaren britischen Marke maßgeblich sein.

Was bedeutet diese Frist für Markeninhaber?

Ab dem 1. Januar 2026 können Rechteinhaber im Rahmen von Verfahren, die auf den Widerruf von Markenrechten wegen Nichtbenutzung abzielen, gezwungen sein, den **Nachweis einer ununterbrochenen Benutzung im Vereinigten Königreich** für einen Zeitraum von fünf Jahren zu erbringen. Eine **frühere Benutzung der Marke in der EU** wird für den britischen Kon nicht mehr ausreichen, um eine Löschung der Marke wegen Nichtbenutzung zu verhindern. Gleiches gilt für Widersprüche, die auf vergleichbare britische Marken gestützt werden: Bei Markenanmeldungen, die am oder nach dem 31. Dezember 2025 eingereicht wurden, wird der **Nachweis der Benutzung ausschließlich für das Vereinigte Königreich erforderlich** sein.

Was ist jetzt zu beachten?

Um zu verhindern, dass Rechte an geklonten britischen Marken nach dem 31. Dezember 2025 verloren gehen, sollten Inhaber geklonter UK-Marken umgehend prüfen, ob und in welchem Umfang ihre Marken im Vereinigten Königreich genutzt werden. Sollte eine Nutzung nicht vorliegen, ist es ratsam, die betroffenen Marken im Vereinigten Königreich **zeitnah und wirtschaftlich relevant zu verwenden**.

Wir empfehlen, ein UK-Markenportfolio sowohl hinsichtlich der geklonten britischen Marken als auch der EU-Marken und deren Nutzung im Vereinigten Königreich zu überprüfen. Gerne stehen wir für eine detaillierte Beratung zur Verfügung, um UK-Markenrechte auch nach Ablauf der Übergangsfrist zu sichern.

Weiterführende Informationen

[CARMEALS NEWS \(EN\)](#)

[SEITENANFANG](#)

Tansania: Neues Markenregistrierungssystem seit 1. Dezember 2025

Seit dem 1. **Dezember 2025** müssen alle **Importeure von Markenwaren in Tansania** diese bei der **Fair Competition Commission (FCC)** registrieren lassen. Ziel des Systems ist der verbesserte Schutz vor Produktpiraterie und eine effizientere Grenzkontrolle.

Erforderliche Unterlagen:

- Angaben zum Antragsteller (Sitz, Nationalität)
- Herstellungsort der Ware
- Muster oder Fotos der Produkte
- Informationen zu Lizenznehmern
- Beglaubigte Kopie der Markenregistrierung
- Zahlungsnachweis

Folgen bei Verstoß: Nichtregistrierte Markenprodukte können an der Grenze festgehalten werden, was zu Verzögerungen und Strafen führen kann.

Empfehlung: Marken, die in Tansania genutzt werden, aber noch nicht registriert sind, sollten möglichst umgehend bei der FCC eingetragen werden.

Weiterführende Informationen

[ECTA.ORG NEWS \(EN\)](#)

[SEITENANFANG](#)

Bildnachweise von oben nach unten:
Nr. 1-3 ©WITTEWELLER, Nr. 4 Getty, Nr. 5 ©Maja Arzenšek, Nr. 6 ©WITTEWELLER, Nr. 7 ©Yohannes Minas, Nr. 8-12 ©WITTEWELLER
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Mark Wegener, Patentanwalt

[Abbestellen](#) [Weiterleiten](#) [Daten ändern](#)

WITTEWELLER
PATENTANWÄLTE

Witte, Weller & Partner
Patentanwälte mbB
Königsstr. 5 (Phoenixbau)
70173 Stuttgart (Germany)

+49-(0)711-666 669-0

post@wvp.de

www.wvp.de